

Feature II

Sinn und Zweck der Dekonstruktion nationaler Mythen Anmerkungen zu *The Invention of China* von Bill Hayton

Arnd Helmut Hafner

1. Einleitung	35
2. Ältere und neuere Geschichte	37
3. Politische bzw. juristische Relevanz	38
4. Machtpolitisches Kalkül gegen historischen Determinismus	40
5. Versteckter Eurozentrismus	44
6. Sinn und Zweck der Dekonstruktion	46
7. Anmerkungen	48

1. Einleitung

Ein freundlicher Hinweis eines Teilnehmers während der Diskussion nach meinem Vortrag mit dem Titel „China – eine europäische Erfindung? Über den Unterschied zwischen chinesischer Geschichte und der Geschichte Chinas“ bei der OAG in Tokyo am 3. Dezember 2025¹ machte mich auf das Buch *The Invention of China* von Bill Hayton (Yale University Press, 2020) aufmerksam.

In zwei wichtigen Aspekten stimmt der zentrale Standpunkt meines Vortrages mit Haytons Buch überein. Wir beide vertreten die Meinung, dass erstens das moderne Konzept eines Nationalstaates „China“ eine europäische Erfindung ist, die die Reformisten und Revolutionäre in der Endphase des multinationalen Kaiserreiches der „Großen Qing“ (大清) gerne für die Umsetzung ihrer politischen Ziele übernahmen, und dass zweitens die vermeintlich jahrtausendlange Geschichte Chinas nicht mehr als eine anachronistische Projektion des modernen China in die Vergangenheit und damit eine Verzerrung historischer Tatsachen ist. Die Dekonstruktion des nationalen Mythos „China“ ist also der gemeinsame Fokus, der meinen Vortrag mit Haytons Buch verbindet. In vielen Punkten divergieren wir jedoch grundsätzlich. Dieser Artikel wird in vier Kapiteln jeweils konzentriert auf einen von vier wichtigen Unterschieden den Inhalt des Buches vorstellen und in einem abschließenden Kapitel den Sinn und Zweck der Dekonstruktion hinterfragen.

¹ Der Vortrag ist kostenlos abrufbar unter: <https://vimeo.com/manage/videos/1143337256>

Die vier Differenzen können wie folgt zusammengefasst werden. Erstens liegt mein Forschungsschwerpunkt in der älteren chinesischen Geschichte; für mich ist es wichtig, die Sicht auf diese Geschichte freizuhalten in einem Sinne wie etwa der Titel des Buches *Rescuing History from the Nation* von Prasenjit Duara verspricht.¹ In Haytons Buch steht die Geschichte der Invention des modernen China im Mittelpunkt seiner Analysen; Hayton versucht, daraus direkte Schlüsse für unser Verständnis der gegenwärtigen chinesischen Politik zu ziehen. Dies führt uns zum zweiten großen Unterschied: die hohe politische bzw. juristische Relevanz von Haytons Buch. Hayton befasst sich mit brisanten aktuellen Themen wie etwa den Hoheitsansprüchen der Volksrepublik China auf die Spratly-Inseln. Im Vergleich dazu scheint meine Forschung natürlich nur verstaubte Antiquitäten anbieten zu können.

Zeitliche Entfernung kann jedoch auch eine klarere Sicht verschaffen. In der Hitze des Gefechtes wendet sich Hayton zu einem erstaunlichen historischen Determinismus. Er versucht uns glauben zu machen, dass die politische Agenda Xi Jinpings (習近平, geb. 1953) von modernen europäischen Konzepten wie Nation, Territorium etc., die gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts importiert wurden, gesteuert sei. Diesem historischen Determinismus möchte ich als dritten Kontrapunkt machtpolitisches Kalkül entgegenstellen. Letztendlich war und ist es Xi Jinpings eigene Entscheidung, welche der zur Verfügung stehenden europäischen Konzepte er in welcher Weise in sein politisches Programm integriert. Auch wenn diese Entscheidung von vielen Faktoren beeinflusst sein mag, so müssen wir doch wenigstens die konkrete politische Situation verstehen, in welcher sie getroffen wurde.

Hierfür bedarf es ohne Frage eines gewissen Hintergrundwissens über die gegenwärtige Situation in China, die bei Hayton überraschenderweise vollkommen zu fehlen scheint. Um einen leichtverständlichen Vergleich zu nennen, die eklatanten Defizite auf diesem Gebiet ähneln einer Beschreibung des deutschen Bundeskanzlers Merz, die nicht Tatsachen wie seine frühere Rivalität mit Bundeskanzlerin Merkel, seine vielfältigen Lobbyaktivitäten wie die für die von ihm selbst 2006 gegründete und 2014 wieder aufgelöste Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, seine zahlreichen Aufsichtsratsämter, vor allem der Aufsichtsratsvorsitz bei BlackRock erwähnt. Jeder, der in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Nachbarstaaten auch nur halbherzig die täglichen Nachrichten verfolgt, hat mit Sicherheit schon einmal von diesen Tatsachen gehört. Das Fehlen vergleichbaren Allgemeinwissens über Xi Jinping und andere prominente Persönlichkeiten der chinesischen Politik könnte einer der tieferen Gründe für Haytons sehr simplizistischen historischen Determinismus sein.

Die ungleiche Verteilung historischen Wissens dürfte ein sehr allgemeines Phänomen sein. Alle japanischen und chinesischen Studenten haben schon einmal von den Merowingern oder Karolingern, von Pipin dem Älteren und dem Jüngeren, von Karl dem Großen oder auch von dem Ort der Krönung von Kaiser Wilhelm I., wo auch später die Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg stattfanden, nämlich dem Schloss

von Versailles, gehört. Für sie sind all dies gleichwertige Teile der Weltgeschichte wie auch z. B. die Taiping-Rebellion, die sich 1851 wie ein Lauffeuer entlang der alten Schmuggler Routen ausbreitete und Millionen von Menschen das Leben kostete, nachdem der erste Opiumkrieg zur Legalisierung der Opiumeinfuhr in das Qing-Reich im Jahre 1842 geführt hatte. Diese und viele andere geschichtlichen Ereignisse auf den fünf Kontinenten der Erde werden jahrein und jahraus abgefragt bei den Geschichtsexamina während der Universitätsaufnahmeprüfungen. Für sie ist daher die europäische Geschichte weder komplexer noch einfacher als die japanische oder chinesische. Umgekehrt dürften sich große Klüfte auftun, die es europäischen Studenten wohl schwer machen, sich asiatische Gesellschaften so komplex vorzustellen wie die eigenen. Dies führt leicht zu versteckten Eurozentrismen auch bei starkem Interesse an asiatischen Gesellschaften. Die faktische Basis fehlt. In meinen Augen ist dies auch in Haytons Buch der Fall; ein versteckter Eurozentrismus ist die vierte Divergenz, die mich, wie ich hoffe, von seinem Buch trennt.

Wie kurieren wir uns vom Eurozentrismus? Mehr Wissen über nicht-europäische Geschichte ist mit Sicherheit eine große Hilfe.² Aber auch die Dekonstruktion von nationalen Mythen, wie sie im Mittelpunkt von Haytons Buch und meines Vortrages steht bzw. stand, kann eine methodologische Stütze sein. Wir müssen nur bereit sein, sie auch auf europäische Gesellschaften anzuwenden. Dann wird sie uns helfen, das nationalistische Schubladendenken abzulegen, das sich spätestens seit dem 19. Jahrhundert etabliert hat. Dies ist für mich der letztendliche Sinn und Zweck der Dekonstruktionen. Wir dekonstruieren uns fremde Gesellschaften nicht aus purer Neugier. Den Schwerpunkt sollten die Denkschranken bilden, die der europäische Imperialismus in unseren Köpfen hinterlassen hat. Nachdem ich mich zuerst jeweils mit einem Kapitel den oben genannten vier Divergenzen gewidmet habe, werde ich in einem fünften abschließenden Kapitel kurz auf dieses Thema eingehen anhand zweier anschaulicher Beispiele aus dem alltäglichen Diskurs, die auch nicht-asiatischen Lesern und Leserinnen vertraut sein dürften.

2. Ältere und neuere Geschichte

Während Hayton versucht, seine Analysen des politischen Diskurses im auslaufenden 19. bzw. beginnenden 20. Jahrhundert in den Dienst eines besseren Verständnisses gegenwärtiger Narrative zu stellen, ist mein Augenmerk auf die Durchleuchtung der Geschichte gerichtet, die durch die anachronistische Projektion verzerrt zu werden droht. Hayton scheint diesen von mir beleuchteten Teil der Geschichte als die Geschichte der „*Earlier East Asian states* („*dynasties*““ (S. 244) aufzufassen, welche natürlich nicht den direkten Gegenstand seiner Forschungen bilden. Im Gegensatz dazu liegt es mir hauptsächlich an der Konzeption einer Geschichte „chinesischer Staaten“. Innerhalb der ostasiatischen Geschichte gibt es nämlich eine große Gruppe von Staaten, die sich in gleicher Weise durch die Nutzung der chinesischen Schriftsprache zur Errichtung ihrer staatlichen Institutionen und zur Abwicklung administrativer Prozesse kenn-

zeichnen, dennoch eine hohe Vielfalt sowohl ihrer ethnischen und gesellschaftlichen Hintergründe als auch der Fiskal-, Kontroll- oder Politikstrukturen aufweisen. Da sich diese Staaten trotz ihrer Diversität zumeist bewusst bemühten, sich in eine geradlinige Historiographie chinesischer Schriftsprache einzureihen, erweist sich bei ihnen die Gefahr einer anachronistischen Verzerrung im Sinne einer Vorgeschichte des modernen China am größten. Als Forschungsthema fasse ich diese Staaten zu „chinesischen Staaten“ zusammen und bemühe mich, ihre Geschichte unabhängig vom modernen China zu durchleuchten. In meinem Vortrag rief ich unter anderem dazu auf, den abgenutzten Mythos eines „imperialen Chinas“ abzulegen, der oft nicht viel mehr als die rechtshistorische Form des eurozentrischen Konzepts eines über zwei Jahrtausende stagnierenden „asiatischen Despotismus“ darstellt.

Haytons Buch spricht sicherlich den modernen Leser direkter an. Es gibt Antworten auf Fragen nach Herkunft zentraler Konzepte in der politischen Agenda der Volksrepublik China unter der Leitung des Präsidenten Xi Jinping. Minutiös beleuchtet es die politischen Diskussionen, die im auslaufenden neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhundert unter starkem Einfluss europäischen Gedankengutes wie des Sozialdarwinismus von Herbert Spencer chinesische Versionen nationalstaatlicher Konzepte kreierten wie „China“ (Chapter 1), „Sovereignty“ (Chapter 2), „Han Race“ (Chapter 3), „Chinese History“ (Chapter 4), „Chinese Nation“ (Chapter 5), „Chinese Language“ (Chapter 6), „National Territory“ (Chapter 7) und „Maritime Claim“ (Chapter 8). Jedes Kapitel beginnt mit einer Referenz zu der aktuellen Nutzung des entsprechenden Konzepts im politischen Diskurs der volksrepublikanischen Regierung, taucht dann tief ein in die vielfältigen und oft auch gegensätzlichen Argumente der Reformisten, Revolutionäre wie auch diverser Machthaber des absterbenden Qing-Staates bzw. der neuen Republik China, um am Ende des Kapitels wieder den Kreis mit Bezug auf die neueste Diskussion zu schließen. Der illustrative Erzählstil macht das Buch auch zu einem literarischen Genuss.

3. Politische bzw. juristische Relevanz

Das politisch brisanteste und damit inhaltlich die Klimax des Buches bildende Kapitel ist wohl das Kapitel 8, das sich um die Legitimation territorialer Ansprüche über die Spratly-Inseln (Nánshā qúndaō 南沙群島 auf Chinesisch) und umgebende Gewässer dreht. Laut Hayton beruhen diesbezügliche Ansprüche der Republik wie auch der Volksrepublik China lediglich auf Missverständnissen und kartographischer Inkompetenz während der 1930er Jahre.

Haytons gedanklicher Faden lässt sich in etwa wie folgt zusammenfassen. Als die Regierung der dritten Französischen Republik am 14. Juli 1933 die Spratly-Inseln annektierte, wurden diese Inseln sowohl in der allgemeinen chinesischen Öffentlichkeit als auch in den Regierungskreisen der Republik China mit den 750 Kilometern nördlich gelegenen Paracel-Inseln verwechselt. Über letztere hatte die französische Regierung am 4. Dezember 1931 Souveränität beansprucht, war aber mit achtmonatiger Verspä-

tung von der chinesischen Regierung formell zurückgewiesen worden mit Hinweis auf die Tatsache, dass die Paracel-Inseln (Xīshā qúndǎo 西沙群島 auf Chinesisch) der südlichste Punkt chinesischen Territoriums seien. Der chinesische Anspruch auf die Paracel-Inseln basiert auf einer dreitägigen Expedition des Admirals Lǐ Zhūn (李準, 1871–1936) im Mai 1909 noch unter der Herrschaft des Qing-Staates.

Nachdem das chinesische Außenministerium von Personal in Manila und Paris über das Missverständnis aufgeklärt wurde, verzichtete die chinesische Regierung auf einen formellen Protest gegen die französische Annexion, was jedoch zu einer großen Kluft zwischen der Regierung und der kritischen innenpolitischen Stimmungslage führte, welche durch die Veröffentlichung eines deplatzierten Interviews des bereits in den Ruhestand getretenen Admirals Lǐ Zhūn zusätzlich angeheizt wurde. Um die Wellen zu glätten und zukünftige Zweifel auszuräumen, beauftragte die Regierung das ‚Land and Water Maps Review Committee‘ (*shuǐlù dìtú shēnchá wěiyuánhui* 水陸地圖審查委員會) mit einer Untersuchung, die sich letztendlich jedoch wegen fehlender Kapazitäten auf das Zusammentragen existierender Karten beschränkte. Als Ergebnis wurde eine Karte hergestellt, deren das Südchinesische Meer betreffender Teil lediglich eine höchst unprofessionelle Kopie und Übersetzung des vom UK Hydrographic Office 1906 publizierten *China Sea Directory* darstellte. Aus Unkenntnis übersetzte das Komitee sowohl das englische Wort ‚bank‘ wie auch ‚shoal‘ mit *tān* 灘 (= ‚Sandbank‘), wodurch in der chinesischen Vorstellung selbst Unterwassergebilde in Inseln verwandelt wurden.

Diese dilettantische Karte wurde von dem Geographielehrer Bái Méichū (白眉初, 1876–1940) in seinem 1936 veröffentlichten *New Atlas of China's Construction* (*Zhōngguó jiànshè xīn tú* 中國建設新圖) mit einer roten Linie versehen, die in seiner Vorstellung das chinesische Territorium markierte. Im Süden schlängelte sie sich um das gesamte Südchinesische Meer. Bái's Schüler Zhèng Zīyuē (鄭資約) verwandelte in seiner Funktion als ‚director of geography‘ für das ‚Department of Territorial Administration of the ROC Ministry of the Interior‘ 1946 den das Südchinesische Meer umgebenden Teil der roten Linie in eine gestrichelte Linie. Dies sei der Ursprung der legendären ‚nine-dash line‘, welche bis heute die Grundlage für chinesische Ansprüche auf die Spratly-Inseln und umgebende Gewässer bildet.

In etwa die gleichen Gedanken und Argumente veröffentlichte Hayton in detaillierterer Form schon ein Jahr vor Erscheinen des Buches unter dem Titel ‚*The Modern Origins of China's South China Sea Claims: Maps, Misunderstandings, and the Maritime Geobody*‘ in *Modern China*, Vol. 45, Nr. 2. Sollte seine Argumentation korrekt sein, so unterhöhlt er die chinesischen Ansprüche auf die Spratly-Inseln komplett. Damit eringt seine Forschung unerhörte politische sowie juristische Relevanz für die laufende Diskussion über Hoheitsansprüche, von der ich mit meiner Forschung älterer Geschichte natürlich nicht zu träumen wage.

Mir fehlt die Kompetenz, die Korrektheit seiner Argumentation exakt zu beurteilen. Ganz allgemein empfinde ich zwar ähnlich wie bei den britischen Falkland-Inseln starke Bedenken über die Legitimität der Hoheitsansprüche militärstarker Staaten über weit entfernte Gebiete vor den Haustüren schwächerer Staaten, aber Diskussionen über internationales Recht erfordern natürlich bei weitem höhere Präzision. Leider schürten viele ins Auge stechende Unzulänglichkeiten Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Haytons Buch.



Vor weiteren Ausführungen in den folgenden Sektionen sei hier nur ein Beispiel genannt. Ähnlich wie mein Vortrag stellt Haytons Buch die Zeitschrift *Qīng Yì Bào* (清議報), die Liáng Qǐchāo (梁啓超, 1873–1929) während seines Exils in Yokohama herausgab, in seine Dienste. Hayton übersetzt den Titel der Zeitschrift das eine Mal mit ‚*The Pure Opinion Paper*‘ (S. 27) und das andere Mal mit ‚*Clear Discussion Newspaper*‘ (S. 134). Sekundärliteratur von James Leibold, die er auf Seite 134 zitiert, gibt der Zeitschrift mit einem Literaturhinweis auf „Schiffrin 1968“ den englischen Titel „*Public Opinion*“. Wirft man einen Blick auf die Titelblätter der Zeitschrift, so findet man von der ersten bis zur achtundsechzigsten Ausgabe den englischen Titel ‚*The China Discussion*‘ direkt unter dem chinesischen Titel. Das Wort ‚*Qīng*‘ steht also für das Kaiserreich der Qing, das Liáng Qǐchāo und andere in den modernen Nationalstaat ‚China‘ umzuwandeln gedachten. Es ergibt sich somit der Eindruck, dass

Hayton sowie seine Zubringer zu bequem waren, sich die Zeitschrift, von der es in den Verlagen Chéngwén Chūbǎn Shè (成文出版社) und Zhōnghuá Shūjú (中華書局) aus den Jahren 1967 und 1991 auch wenigstens zwei Nachdrucke gibt, persönlich anzuschauen. Diese Arbeitsweise ähnelt sehr dem Dilettantismus, den Hayton dem ‚Land and Water Maps Review Committee‘ wie auch Bái Méichū nachsagt.

4. Machtpolitisches Kalkül gegen historischen Determinismus

Als nächstes möchte ich mein Augenmerk auf das Verhältnis zwischen den europäischen Inventionen der Reformisten bzw. Revolutionäre und dem heutigen politischen Diskurs wenden. Auch wenn Hayton manchmal Vorsicht walten lässt, so trübt doch immer wieder eine Art von historischem Determinismus seine Argumentation. Oft

scheint es, als verfügten gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts eingeführte Konzepte über das Potential, die Richtung gegenwärtiger politischer Diskussionen zu bestimmen.

Auf einer abstrakten Ebene klingt dieser Determinismus etwa wie folgt:

Change began with words. As intellectuals struggled to explain and address the problems created by rapid modernisation, they created new words – or modified the meanings of old ones – to describe the new situation. Those new words crystallised new ways of looking at society and changed the relationships between rulers and ruled. The result was government overthrow. (p.3)³

In diesem Abschnitt hat Hayton sich von der Eleganz des eigenen Wortspiels in einen offensichtlichen Widerspruch leiten lassen. Da sich die neu kreierten Worte auf die Probleme einer rapiden Modernisierung bezogen haben sollen, können die fundamentalen Veränderungen nur den Worten vorausgelaufen sein. Es kann also nicht sein, dass die Veränderungen mit Worten anfangen, oder dass bloße Worte zur Absetzung der Regierung führten.

In meinen Augen fangen die soziopolitischen Umwälzungen, die das mandschurische Reich zum Zusammenbruch führten, mit der überproportionalen Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Wirtschaftskraft in den hauptsächlich chinesischsprachigen Regionen und der Marginalisierung bzw. internen Kolonialisierung nicht-chinesischer Volksgruppen und Regionen im 18. Jahrhundert an. Diese Veränderungen gingen einher mit dem boomenden internationalen Handel, dessen Mittelpunkt im 17. und 18. Jahrhundert der chinesischsprachige Bereich des mandschurischen Reiches bildete.

Das klägliche Versagen der Zentralregierung während der Opiumkriege in der Mitte des 19. Jahrhunderts gab lokalen Gouverneuren in den chinesischsprachigen Regionen die Gelegenheit, ihren politischen Einfluss durch Domination der internationalen Beziehungen zu europäischen Mächten zu erhöhen; der Taiping-Aufstand (1851–1864) lieferte auch noch den Vorwand, private Armeen und Industriekonglomerate aufzubauen. Die Armee bzw. Marine, die vom imperialen Japan im ersten Sino-Japanischen Krieg (1894–95) geschlagen wurde, waren z.B. die privaten Streitkräfte, die Li Hóngzhāng (李鴻章, 1823–1901) anfänglich im Kampf mit den Truppen der Taiping-Bewegung unter britischer Unterstützung aufgebaut hatte. Auch das Einparteiensystem, das Jiǎng Jièshí (=Chiang Kai-shek, 蔣介石, 1887–1975) während der Republik China aufbaute und das von der Kommunistischen Partei in die Volksrepublik übernommen wurde,⁴ steht in dieser Tradition. Es ist von einer Armee gestützt, die nicht dem Staat oder der Nation, sondern der Partei die Treue geschworen hat und von dieser bis zum heutigen Tage direkt kontrolliert wird. Dass die Partei sich nicht scheut, dieses nicht-staatliche, quasi private Machtmittel auch gegen das eigene Volk einzusetzen, hat das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 nur zu deutlich demonstriert.

Wenn man sich der grundlegenden Machtstrukturen bewusst ist, wirken die politischen Konzepte, die die Reformisten und Revolutionäre unter europäischem Einfluss kreierten, wie opportune Werkzeuge im Machtkalkül der verschiedenen Akteure.⁵ Wie Hayton sehr anschaulich nachweist, lässt sich nämlich z. B. der Sozialdarwinismus Spencers sowohl für den Aufruf zum gemeinsamen Kampf einer „gelben Rasse“ gegen die „weiße Rasse“ als auch für eine Abgrenzung der „Han-Rasse“ gegen die umgebenden mongolischen oder tibetanischen Volksgruppen und deren Kolonialisierung nutzen. Egal ob „Großchinesische Lösung“ oder „Kleinchinesische Lösung“, die nötigen Argumente lassen sich immer finden. Man darf sich also nicht von Worten irreführen lassen, sondern muss versuchen, die dahinterstehenden politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Interessen zu erkennen.

Diesbezüglich gibt es in Haytons Buch eklatante Missverständnisse, die tiefe Schatten des Zweifels auf seine Kenntnisse über die moderne politische Diskussion in China werfen. Z. B. stellt er in einem Abschnitt über „*national disintegration*“ Bó Xīlái (薄熙來, 1949–?) in eine Reihe mit Yè Xuǎnpíng (葉選平, 1924–2019) als eine „*local figure*“, die der zentralen Führung der Kommunistischen Partei zu gefährlich wurde und deswegen ihres „*local fiefs*“ enthoben worden sei. Yè Xuǎnpíngs Familie lebte seit Generationen in der Provinz Kanton (Guǎngdōng 廣東). Er hatte also tatsächlich eine sehr starke persönliche Bindung zu der Provinz, in der er von 1980 bis 1991 führende Ämter bekleidete. Auch erlangte die Provinz Kanton während der ersten zehn Jahre von Dèng Xiǎopíngs (鄧小平, 1904–1997) Reform eine wirtschaftliche Bedeutung, die in der Tat regionale Autonomie und folgend eine Gefahr nationaler Desintegration begründen könnte. Es heißt sogar, dass Yè die Androhung einer Verweigerung der Abführung des regionalen Steueraufkommens als Waffe in Verhandlungen mit der Parteiführung einsetzte. Trotz seiner guten Vernetzung auch in Peking, die auf die Rolle seines Vaters Yè Jiànyīng (葉劍英, 1897–1986) während der Gründung der Volksrepublik und Dèng Xiǎopíngs Machtergreifung zurückgehen, ist es also durchaus möglich, ihn als eine lokale Figur zu beschreiben, die ihres lokalen „Lehens“ enthoben wurde.

Auf Bó Xīlái trifft gleiches jedoch überhaupt nicht zu. Er selbst ist geboren in Peking, sein Vater Bó Yībō (薄一波, 1908–2007) in einem Dorf in der Provinz Shānxī (山西). Bevor er 2007 zum Parteisekretär (=Parteichef) der direkt der zentralen Regierung unterstehenden Stadt Chóngqìng (重慶) ernannt wurde und dort fünf Jahre arbeitete, war er schon in der Zeit von 1993 bis 2004 durch aggressive Agitation in seinen führenden Positionen in der Provinz Liáoníng (遼寧) aufgefallen. Es gibt also keine persönliche Bindung zu der Stadt Chóngqìng. Auch ist diese Stadt als wirtschaftlich rückständig bekannt, so dass sie Bó Xīlái nicht als eine mit dem Zentrum in Peking konkurrenzfähige lokale Machtbasis dienen konnte. Die Metapher eines lokalen „Lehens“ ist also vollkommen fehlplatziert.

Was aus dieser Fehlplatzierung einen fatalen Mangel in Haytons Buch macht, ist die Tatsache, dass Bó Xīlái bis zu seinem Sturz 2012 ein direkter Rivale Xí Jìnpíng (習近平)

um die Nachfolge des Partei- und Staatschefs Hú Jǐntāo (胡錦濤, geb. 1942) war. Wo doch die Analyse von Xís politischem Diskurs ein zentrales Thema des Buches sein soll, darf man an der politischen Agitation seines Rivalen Bó nicht vorbeischaun.

Bó wurde gemeinsam mit Xí Jìnpíng schon zu Lebzeiten von Dèng Xiǎopíng zu einem engeren Kreis von eventuellen zukünftigen Führungskadern aus der „zweiten roten Generation (*hóng èrdài* 紅二代)“ gezählt. Ihre Rivalität begann also in den frühen neunziger Jahren, jedoch mit unterschiedlichen Startpositionen: Xí genoss den Vorteil, dass sein Vater Xí Zhōngxūn (習中勳, 1913–2002) in Parteikreisen hoch angesehen war wegen seines persönlichen Einsatzes für den Anfang 1987 von Parteiveteranen um Dèng Xiǎopíng abgesetzten Generalsekretär Hú Yàobāng (胡耀邦, 1915–1989). Hú hatte sich verdient gemacht um die Rehabilitierung vieler alter Kader, die während der Kulturrevolution aus politischen Gründen zu Unrecht verurteilt worden waren. Einer der Nutznießer war Bós Vater Bó Yǐbō, der diese Unterstützung durch politisches Gegenspiel vergalt, indem er die Drähte hinter Hús politischem Sturz 1988 zog. Mit anderen Worten: Xí startete das Rennen mit einem gewissen Vorsprung, während Bó den Makel wettmachen musste, der an der Familie hing. Das war wohl einer der Gründe, warum er ständig versuchte, sich zu profilieren. Xí konzentrierte sich mehr darauf, keine Fehler zu machen, und vermied es sogar für lange Zeit, eindeutige politische Stellungnahmen abzugeben.

Interessanterweise ähnelt jedoch die politische Agenda, die Xí später als Generalsekretär und Staatspräsident annahm, in zwei Aspekten sehr stark der, mit der Bó zuvor versucht hatte, zu punkten. Zum einen ist es das harte Vorgehen gegen angebliches organisiertes Verbrechen (*dǎ hēi* 打黑) und Korruption (*fǎn fǔ* 反腐), dem bei Bó schon nachweislich viele politische Feinde und wirtschaftliche Konkurrenten zum Opfer gefallen waren. Zum anderen ist es das Hervorrufen einer Mao-Nostalgie unter anderem mit regelmäßigem Gesang und Aufführung der „roten Lieder“ (*hóng gē* 紅歌) aus der Mao-Ära. Die Neubewertung der alten „guten“ Zeiten von Máo Zédōng (毛澤東, 1893–1976) wurde zusammen mit der Betonung der chinesischen Nation (中華民族) eine der wichtigen ideologischen Pfeiler in Xís innenpolitischer Propaganda. Xí und Bó scheinen also hinsichtlich des „Opiums fürs Volk“ sehr ähnliche Präferenzen zu haben.

Wie Hayton in seinem fünften Kapitel richtig darstellt, sind im modernen Chinesisch das „chinesische Volk“ (*Zhōngguó rénmin* 中國人民) und die „chinesische Nation“ (*Zhōnghuá mínzú* 中華民族) zwei sehr unterschiedliche Konzepte. Das „chinesische Volk“ ist ein dem marxistischen Klassenkampf dienender Begriff, es schließt die Feinde der Revolution bzw. der Partei aus. Nachdem Máos Klassenkampf während der Kulturrevolution zu einem persönlichen Machtkampf ausgeufert und vielen treuen Parteikadern zum Verhängnis geworden war, wandte man sich in den 1980er und 90er Jahren eher von „orthodoxer kommunistischer Ideologie“ ab und griff auf ein schon während der Republik China sehr populäres Vokabular zurück, nämlich der „chinesischen Nation“ (*Zhōnghuá mínzú*). Sehr treffend bemerkt Hayton:

The Zhonghua minzu made several appearances in a speech by Jiang (=Jiāng Zémín 江泽民, 1926-2022, 1989/1993-2002/2003 Partei- bzw. Staatschef, Anm. d. A.) that officially welcomed capitalists into the party. They had not been part of Mao Zedong's 'people' but they were now to be included within Jiang's 'nation'. (p. 131)

Die erste entschiedene Zuwendung zur chinesischen Nation in der Volksrepublik geschah also im Zusammenhang mit der Abkehr von Maos politischer Agenda. Der neu eingeführte Kapitalismus führte jedoch angesichts der unvorstellbaren Reichtümer, die einige wenige anhäuften, unausweichlich zu einer Legitimationskrise. Xis Kombination von nationalistischen Gefühlen mit einer Mao-Nostalgie scheint eine Antwort auf diese Krise zu sein. Die ersteren Gefühle werden nach wie vor gebündelt in dem Konzept der „chinesischen Nation“. Die letztere Nostalgie versucht die kapitalistischen Sünden von Dèng und Jiāng zu übertünchen und eine Brücke zurück zu alten „guten Zeiten“ zu schlagen. Der Politiker, der dieses neue ideologische Amalgam einführte, ist jedoch nicht Xí, sondern der von Hayton übersehene Bó.

5. Versteckter Eurozentrismus

In Haytons Werk gibt es noch viele andere eklatante Fehler. Ähnlich wie der historische Determinismus, der ihm selbst vermutlich unbewusst geblieben sein dürfte, geben viele dieser Fehler den Eindruck, dass die zu analysierende chinesische Gesellschaft extrem verflacht widergespiegelt wurde. Dem Autor scheint also die Fähigkeit zu fehlen, sich eine ähnlich hohe Komplexität für die chinesische Gesellschaft vorzustellen, wie er sie wohl ganz unbewusst einer Gesellschaft attestierte, in der er selbst aufgewachsen ist oder der er sich persönlich verbunden fühlen mag.

Nehmen wir z. B. das Konzept der Souveränität. Hayton spricht in diesem Zusammenhang von „*China's sovereignty-fundamentalism*“, den er auch ein „*curious hybrid*“ nennt. Wenn man bedenkt, dass die volksrepublikanische Regierung selbst in den von ihr ausgegebenen Reisepässen auf jeder Seite eine Karte abdruckt, die die schon erwähnte „*nine-dash line*“ beinhaltet, mag der Ausdruck „Fundamentalismus“ angemessen sein. Problematisch ist jedoch Haytons Erklärung für dessen Gründe.

Laut Hayton ist dieser Fundamentalismus einerseits begründet in einem „*traumatic encounter*“ mit „*European ideas of international law*“, die dem niedergehenden Kaiserreich mit Waffengewalt aufgezwungen worden seien, und andererseits auch tief verwurzelt in dem chinesischen Konzept „Souveränität“. Dieses Konzept habe die implizierte Bedeutung der „*authority of the ruler*“, weshalb in Chinesisch Souveränität nur absolut sein könnte und nicht relativ (S. 54).

Die letztere Behauptung ist schlichtweg falsch. Das moderne chinesische Wort für Souveränität wurde aus dem modernen Japanisch übernommen. Wenn man den traditionellen Schriftsatz benutzt, wird das Wort in beiden Sprachen mit den gleichen Zeichen geschrieben: 主權 (chin. *zhǔquán*, jap. *shuken*). „*quán*“ bzw. „*ken*“ ist ein Nomen,

das für „Macht“ oder „Autorität“ steht; „zhū“ bzw. „shu“ ist ein Verb mit der Bedeutung „regieren“ oder „herrschen“. In jap. Wörterbüchern wird „shuken“ zumeist mit „der Macht des Staates, über Volk und Territorium zu regieren“ (国民および領土を統治する国家の権力, 『デジタル大辞泉』), erklärt. Im Chinesischen wird selbst in sehr einfachen Wörterbüchern die interne und externe Wirkung getrennt beschrieben, wie es im Japanischen eher in fachlichen Wörterbüchern üblich ist, aber „zhū“ wird gleichermaßen als Verb verstanden (z. B. 一個國家固有的不受別國干涉, 自主處理自己事務の権力, 《辭海》). Es besteht also auch im Chinesischen nicht die Gefahr, dass „Souveränität“ mit der „Autorität des Herrschers“ verwechselt wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass im klassischen Chinesisch Beispiele der gleichen Zeichenreihe in der Bedeutung „Autorität des Herrschers“ existieren. Bei diesen Beispielen handelt es sich um possessive Konstruktionen aus zwei Nomen, die kein vernünftiger Mensch mit dem modernen Wort „zhūquán“ oder „shuken“ verwechseln dürfte.

Natürlich mag es selbst im Deutschen möglich sein, zu behaupten, dass „Souveränität“ von „Souverän“ abgeleitet und daher die implizierte Bedeutung als „Autorität des Herrschers“ aufzufassen sei. So manchem Anhänger der Reichsbürgerbewegung mag man solche etymologischen Kurzschlüsse zutrauen, aber um anzunehmen, dass die gesamte chinesische Gesellschaft sich auf solchem Niveau befindet, bedarf es schon einer gewissen Arroganz bzw. eines eurozentrischen Weltbildes.

Eine ähnliche Unterlegenheit der ostasiatischen Welt scheint Hayton auch in anderen Bereichen unhinterfragt vorauszusetzen. Bezüglich der Grenzen des mandschurischen Kaiserreiches der Qing behauptet er, dass sie nur in Fällen definiert wurden, in denen sie von anderen Mächten oktroyiert wurden, wie im Vertrag von Nertschinsk im Jahre 1689 oder der Convention mit Großbritannien im Jahre 1894, in der die Grenze zu Burma festgelegt wurde (S. 192). Es ist Tatsache, dass der Qing-Staat sich seit dem ersten Opiumkrieg im Jahre 1840 nicht ernsthaft gegen Großbritannien zur Wehr setzen konnte. Ebenso lässt sich nicht bestreiten, dass andere imperialistische Staaten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten, sich einen Anteil an der Beute zu sichern. Aber man darf nicht vergessen, dass es ursprünglich ein furchterregender Goliath war, den Großbritannien zu Fall brachte. Im 17. bzw. 18. Jahrhundert war kein europäischer Staat dem Mandschurischen Reich wirtschaftlich oder militärisch gewachsen. Der Vertrag von Nertschinsk ist also kein Zeichen von Schwäche der Mandschu, sondern ein Beweis ihrer politischen Flexibilität. So wie sie in internen Angelegenheiten für die Mongolen den Khan, für die Chinesen den Kaiser oder für Tibetaner religiöse Autorität repräsentieren konnten, so waren sie in der Lage, gleichzeitig mit dem zaristischen Russland europäisch und mit den konfuzianistischen Nachbarn auf der koreanischen Halbinsel und in Indochina in konfuzianistischem Stil zu kommunizieren und diplomatische Beziehungen zu unterhalten.

Auch Macau wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts portugiesische Kolonie. Im Jahre 1557 hatte das Kaiserreich Ming lediglich aufgrund wirtschaftlicher Interessen

den Portugiesen auf Macau ein Niederlassungsrecht gewährt, nachdem es aus eigener militärischer Kraft zuvor die international agierenden und auch mit den Portugiesen kooperierenden Piraten- und Schmugglerbanden, die seine wirtschaftliche Ordnung störten, zerschlagen hatte. Dieses Niederlassungsrecht wurde von den Qing zu Anfang auch nur aus wirtschaftlichen Interessen aufrechterhalten. Wir benötigen also den Phantasie Reichtum, uns vorzustellen, dass es vor dem britisch dominierten 19. Jahrhundert und nach dem von den USA beherrschten 20. Jahrhundert auch nicht-europäische Hegemonialmächte gegeben hat und auch wieder geben wird, wenn wir eine reale Einschätzung der Weltgeschichte erlangen möchten.

Um nochmals auf den Vertrag von Nertschinsk zurückzukommen, möchte ich noch hinzufügen, dass auch klar abgegrenzte Territorien keinesfalls ein europäisches Monopol darstellen. Wie Hayton richtig ausführte, steht die hohe Flexibilität des Qing-Staates in Fragen Territorium natürlich in klarem Kontrast zu Konzepten des internationalen Rechts, die in Europa in Folge des Westfälischen Friedens im 17. Jahrhundert entwickelt wurden. Aber schon im 11. Jahrhundert gab es in internationalen Verträgen zwischen dem Kaiserreich der Song und der Liao klare Definitionen von Grenzlinien. Im Rahmen dieser Verträge wurden Grenzmarkierungen und auch entmilitarisierte Zonen aufgebaut, Deserteure ausgetauscht und die Einhaltung der Verträge im beidseitigen Einverständnis über die Dauer eines Jahrhunderts hinweg regelmäßig überprüft. Auch in Gesetzestexten des Qin-Staates im 3. Jahrhundert v. u. Z. finden wir Referenzen zu Grenzbefestigungen, kontrollierte Überquerung der Grenzen und Sanktionen gegen illegale Überquerungen sowie klare Differenzierungen zwischen Bewohnern des eigenen Staates und der Nachbarstaaten, welche dem modernen Konzept der Nationalität im Sinne von rechtlicher Zuordnung zu einem Staat sehr nahekommen. Man sollte sich also hüten, in Illusionen von der Einzigartigkeit der „Errungenschaften“ der europäischen Moderne zu schwelgen.

6. Sinn und Zweck der Dekonstruktion

Das neunzehnte Jahrhundert bescherte uns eine apolitische Anthropologie und Orientalistik, die sich (zum Teil unbewusst) in die Dienste des Imperialismus stellten. Indem sie unpolitisch die Menschen in den „neu entdeckten“ nicht-europäischen Gebieten zu reinen Forschungsobjekten und auch zu Ausstellungsstücken in Museen degradierten, schufen sie ganz verzerrte Bilder von mehr oder weniger „primitiven“ Gesellschaften und Kulturen. Ähnlich wie diese Bilder die Menschen in den Kolonien dehumanisierte, so nahm sie auch den Menschen in den imperialistischen Staaten ihre Menschlichkeit, indem sie sie in nationalistische Schablonen zwängte und glauben machte, dass sie mehr Briten, Deutsche, Österreicher oder Russen als Menschen seien. Haytons Glaube, dass „Chinesen“ nicht zwischen Souverän und Souveränität unterscheiden können, und dass die politische Agenda der gegenwärtigen chinesischen Regierung von Importen europäischer Konzepte des 19. Jahrhunderts determiniert sein könnte, zeigt nur zu deutlich, dass diese verzerrten Bilder noch lebendig sind.

Wie können wir uns von diesen Bildern lösen? Ein erster Schritt wäre, „uns“ selbst die Primitivität unseres nationalistischen Schienendenkens vor Augen zu führen. Zum Abschluss dieses Beitrages seien zwei einfache Beispiele genannt. Nehmen wir zuerst den banalen Satz „Deutschland hat bei der Fußball-Weltmeisterschaft gewonnen/verloren“, so kann sich jede Person unter Deutschland etwas Beliebigeres vorstellen, ohne auch nur zu wissen, wie Nationalmannschaften ausgewählt und finanziert werden. Reale institutionelle Strukturen und auch Machtstrukturen bleiben vollkommen unbemerkt.

Bei der Nationalmannschaft mag dies harmlos sein. Wenden wir uns aber einem offensichtlich politischen Thema wie z. B. dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu, nehmen nationale Mythen ganz andere Dimensionen an. Sie lassen uns leicht vergessen, wer dem Krieg tagtäglich zum Opfer fällt, oder wer für das Sterben verantwortlich ist. Russland wird zu einem abstrakten Kontinuum, dessen Expansionismus wir vermeintlich bis in zaristische Zeiten zurückverfolgen können. Putins Krieg entpuppt sich als eine bloße Erinnerung an eine lange expansionistische Tradition, vor der uns zu schützen es außer Aufrüstung keine andere Wahl zu geben scheint.

Schauen wir aber genauer hin, so ist nicht schwer zu erkennen, dass Putins Angriff auf ukrainisches Territorium eine bewusste Entscheidung mit konkreten Gründen war und ist. Putins Macht im Inland stützt sich auf eine gleichgeschaltete Oligarchie, die im europäischen und nordamerikanischen Ausland gut vernetzt ist. Es war für Putin also gar nicht so abwegig zu erwarten, dass auch dieser Kriegszug gegen seinen militärisch schwachen Nachbarn, wie zuvor schon die Annexion der Krim, ein Spaziergang würde, den ihm seine „westlichen“ Freunde nicht wirklich übelnehmen. Dass dem ukrainischen Präsidenten ein Asyl ins Ausland empfohlen wurde, zeigt nur zu deutlich, wie sehr sich viele Politiker schon auf den neuen Status quo versuchten einzustellen. Es war eher eine Überraschung, dass der ukrainische Präsident standhielt und Putin sich am Widerstand der ukrainischen Armee ordentlich die Finger verbrannte.

Letztendlich hat sich Putin aber nicht vollkommen verrechnet. Einer seiner mächtigen Freunde, der US-amerikanische Präsident Trump, kam ihm zu Hilfe, indem er Putins Krieg gegen eine Ausweitung der Nato, sprich einen Krieg gegen die USA, in einen Krieg gegen Europa ummünzte, den die Europäer doch bitte selbst weiterführen mögen. Da der ukrainische Widerstand das russische Militär wie auch die Wirtschaft ruiniert hat, gibt es in der Tat für die USA keine klaren strategischen Interessen mehr, sich für die siegreiche Beendigung des Krieges zu engagieren. Umgekehrt lässt sich der schwelende Konflikt leicht in ein Werkzeug im Kampf gegen den nächsten Gegner, die EU, umwandeln.

Sehr aufschlussreich über Trumps Intentionen ist die parallel zu Verhandlungen (Verabredungen?) mit Putin gestartete Kampagne gegen den *Digital Services Act* (DSA) der EU und damit verbundene Einreiseverbote gegen Ex-EU-Kommissare und weitere Aktivisten. Tech-Giganten, Milliardären und multinationalen Unternehmen ist die EU

schon lange ein Dorn im Auge. In der EU darf man weder Pestizide in Bäche kippen noch ungestört persönliche Daten sammeln, muss sich an tausende von Regeln halten und läuft ständig Gefahr, ernsthaft bestraft zu werden. Die Liste der Unannehmlichkeiten ist lang, der Frust vereint Betroffene mit Autokraten wie Putin oder Xi Jinping, die schon längst den Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen überdrüssig sind. In meinen Augen ist es daher nicht eine herkömmliche militärische Bedrohung, gegen die sich die EU stemmen muss, sondern eine Koalition aus Autokraten und Milliardären, die sich leicht auf Kompromisse einigen können, indem sie die Kosten ungefragt auf einfache Bürger abwälzen. Ein blindes Aufrüsten wird dieser Koalition nur von innen zur Hilfe kommen. Man sollte eher mit dem Aufbau öffentlich-rechtlicher sozialer Netzwerke eine Stärkung der Internetinfrastruktur beginnen. Auch kategorische Transparenz politischer Finanzen könnte uns helfen, Einblicke zu erhalten, welche wirtschaftlichen Interessen sich in Wirklichkeit hinter nationalistischen Ideologien verbergen. Ohne solche Maßnahmen wird die Koalition mit nur einigen wenigen Eingriffen in Algorithmen die demokratische Ordnung in Europa komplett aus den Angeln heben.

Meine Einschätzung des Ukraine-Konfliktes beruht nur auf oberflächlichen, aus täglichen Nachrichten gewonnenen Eindrücken. Sie mögen falsch sein, der erneute Angriff der israelischen und amerikanischen Streitkräfte auf die islamische Republik Iran mag sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels obsolet gemacht haben. Dennoch bin ich mir sicher, dass sie klarer sind als abstraktes Gerede über Russen, Amerikaner, Ungarn oder Deutsche. Dekonstruktion nationaler Mythen kann unsere Sinne schärfen.⁶ Nachdem wir uns am Beispiel der chinesischen nationalen Mythen geübt haben, sollten wir nicht vergessen, die erlangte Übung auch auf Länder und Gesellschaften anzuwenden, in denen wir selbst geboren bzw. aufgewachsen sind oder zufällig leben.

Anmerkungen

1. Duara, Prasenjit (杜贊奇), *Rescuing History from the Nation: Questioning Narratives of Modern China*, University of Chicago Press, 1995. Es muss erwähnt sein, dass auch dieses Buch für mich das Versprechen des Titels nicht erfüllen konnte, da es sich genauso wie Haytons Buch auf die moderne Geschichte konzentriert. Das ist natürlich ein legitimes Anliegen. Ich kann dieses Buch den Lesern nur empfehlen. In meinen Augen liegt die Stärke dieses Autors indischen Ursprunges in seiner Fähigkeit, Parallelen in den Verzerrungen der Geschichte durch die Nationalstaatsbildung im modernen China und Indien aufzuzeigen. Seine Forschung ist ein weiteres Indiz für die Allgemeingültigkeit des verzerrenden Einflusses der modernen Nationalstaaten auf unser Geschichtsverständnis.

2. Ich muss gestehen, dass auch snobistisch klingende Aussagen wie die folgende von Kondō Kazuhiko (近藤和彦), einem japanischen Forscher der englischen Geschichte,

auf mich kurierende Wirkung hatten. Man stößt auf solche bei weitem leichter als in Europa, und sie basieren häufig auch auf einem erstaunlich fundierten geschichtlichen Wissen.

„Europa war bis ins 16. Jh. noch eine wilde, unzivilisierte Welt. In der Zeit der großen Seefahrten und Entdeckungen kam sie erst mit der viel feineren und kultivierteren asiatischen Gesellschaft in Berührung, die nachzuahmen der erste Schritt zur Formation des modernen Europa wurde.“ (Kishimoto Mio, Kondō Kazuhiko, „Interview mit Kishimoto Mio, Kondō Kazuhiko: „Ist der Osten Osten und der Westen Westen?““, in: *Clio: A Journal of European Studies* 7, 1993, S. 21, übersetzt von A.H.H.)

ヨーロッパは16世紀までは野蛮な世界なんで、それが大航海時代に豊かでソフィステイクートされたアジア社会と接して、それを真似しながら近代のヨーロッパが形成されるわけですね。(岸本美緒・近藤和彦「インタヴュー・「東は東、西は西」か? : 岸本美緒氏、近藤和彦氏に聞く」(クリオ = *Clio: a journal of European studies* 7・1993・21頁)

Glücklicherweise hat man in Japan viele leicht zugängliche Werke auch in populärwissenschaftlicher Form, die sich kritisch mit Sinizentrismus oder allgemein Zivilisationszentrismus beschäftigen, wie etwa Sugiyama Masaaki (杉山正明), „Weltgeschichte aus der Perspektive der Nomaden“ (erweiterte Edition) 遊牧民から見た世界史 (増補版), Nihon Keizai Shuppansha 日本経済出版社, 2011. Damit kann man eventuellen Nebenwirkung bei obengenannter Schockkur entgegenwirken.

3. Einen ähnlichen Determinismus findet man auch z. B. auf Seite 244-245: „*The People's Republic is now an ethnocracy – a racially defined state – still in thrall to the nationalist myths constructed in the late nineteenth and early twentieth centuries.*“ (S. 244f.)

Es ist wahr, dass Politik nicht unabhängig von historischem Kontext existieren kann, aber man sollte Politikern nicht die Ausrede zugestehen, dass sie Knechte historischer Mythen seien. Man sollte auf die Machtkalküle achten, die ihnen die Wahl bestimmter Mythen über andere nahelegt, selbst wenn sich viele Politiker in ihren Kalkülen vollkommen verrechnen mögen.

4. Die folgenden Worte auf Seite 243 erwecken den Eindruck, dass Hayton sich nicht bewusst ist, dass das heutige Einparteiensystem nicht eine Erfindung der Kommunistischen Partei, sondern der Kuomintang ist: „*The directors of the Patriotic Education Campaign copied some of the techniques of the early nationalists to impart the new collective memory, and turbocharged them with the power of a one-party state.*“ (S. 243)

5. Wie schnell Worte und Konzepte ausgetauscht werden können, zeigen Haytons Ausführungen über Zhāng Bīnglín (章炳麟, 1869–1936) Konzept der Han-Rasse.

„*Like most successful new political ideas, Zhang's racial-nationalism took pre-existing ideas – the myth of the Yellow Emperor, the importance of the lineage, dislike of*

the government and so on – and fashioned a new ideology from the amalgam. In the aftermath of the Qing court's failure to resist the allied powers during the 1900 Boxer Rising, the concept became so successful that within just a few years the arguments of reformists such as Huang Zunxian, Yan Fu and Liang Qichao had disappeared into near irrelevance.“ (S. 97)

6. Ohne ein neues Themengebiet eröffnen zu wollen, sei nur kurz erwähnt, dass sich somit die geschichtswissenschaftliche Dekonstruktion nationaler Mythen in eine Reihe stellt mit linguistischen bzw. soziologischen Bewegungen wie etwa Critical Discourse Analysis oder Ethnomethodology. Der unreflektierte Gebrauch von nationalen Kategorien wie „Deutschland“ oder „Deutsche“ reproduziert in der täglichen Praxis unbewusst sprachliche und soziale Strukturen, oder auch nach Benedict Anderson *Imagined Communities* kollektive Halluzinationen, hinter denen sich wirtschaftliche bzw. politische Interessen verstecken können. Geschichtswissenschaftliche Dekonstruktion hat also das gleiche kritische Potential wie die minutiöse wissenschaftliche Analyse unserer alltäglichen sprachlichen bzw. sozialen Praxis.

Dr. Arnd Helmut Hafner ist Professor für chinesische Rechtsgeschichte an der Juristischen Fakultät der Meiji-Universität. Er studierte modernes japanisches Recht und Rechtssoziologie, erwarb den Bachelor, Master und Doktor der Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät und durchlief parallel dazu eine traditionelle Ausbildung in chinesischer Geschichte an der Abteilung für Orientalistik des Instituts für Humanwissenschaften, beides an der Universität Kyoto. Er studierte zudem chinesische Paläographie am Institut für chinesische Sprache und Literatur der Universität Peking.

Er publizierte bislang hauptsächlich auf Japanisch und Chinesisch. Zwei repräsentative Werke sind The Penal System of the Qin and the Han (Shinkan keibatsu taikei no kenkyū 秦漢刑罰体系の研究), erschienen 2009 bei Sōbunsha, und Annotated Transcription of the ‚Four Scrolls of Demonstrative Examples of Handling Criminal Cases and Others‘ from the Yuelu Collection of Qin Slips (Revised Edition) (Yuèlù qínjiǎn ‘wèiyù děng zhuàng sìzhǒng’ shìwén zhùshì 嶽麓秦簡《爲獄等狀四種》釋文注釋 (修訂本)), erschienen 2021 bei Shanghai Classics Publishing House.

Naive Träume über den Orient brachten Hafner 1988 nach Japan. Vollkommen verschiedene persönliche und gesellschaftliche Erfahrungen in Japan, China, Korea und Taiwan machten ihm bewusst, dass es den Orient gar nicht gibt. Verblüffende Ähnlichkeiten in der imperialistischen und faschistischen Geschichte Japans und Deutschlands lehrten ihn das Gleiche über den Westen.